



**Soziale Arbeit**

**Institut für Sozialmanagement**

# fYOUTure – Wenn Demokratie leben lernt

## Abschlussbericht

Konstantin Kehl  
Carmen Steiner

# fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt

## ABSCHLUSSBERICHT

Dr. Konstantin Kehl & Carmen Steiner MSc.

ZHAW Institut für Sozialmanagement

23.10.2020

### Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und methodisches Vorgehen.....	2
2	Theoretische Perspektiven auf das Thema Jugendbeteiligung und Demokratieförderung ...	3
3	Zielerreichung und Herausforderungen: Überblick .....	6
4	Erreichung der übergeordneten Projektziele .....	8
5	Herausforderungen .....	11
5.1	Ergänzung der formal-institutionalisierten Partizipationsformen.....	11
5.2	Potentiale für die weitere Institutionalisierung von Beteiligung nutzen.....	12
5.3	Grundlagen dialogischer Kooperation / Kommunikation entwickeln .....	13
5.4	Thematisierung von sozialen Ungleichheiten / strukturellen Machtasymmetrien.....	14
5.5	Optimierung der Ansprache von Jugendlichen.....	17
6	Zusammenfassung und Ausblick .....	18
7	Literatur.....	19

# 1 Einleitung und methodisches Vorgehen

Das Projekt ‚fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt‘ ist ein im Herbst 2017 gestartetes Modellvorhaben zur Förderung demokratischer Partizipation und politischer Artikulation junger Menschen in der Stadt Solingen. Finanziert vom Land Nordrhein-Westfalen, verzahnt es die Handlungsfelder Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Zielgruppe sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 27 Jahren, Mitarbeiter\*innen der Verwaltung sowie Kommunalpolitiker\*innen<sup>1</sup>. Das Modell-Projekt endete im August 2020, ein Folgeprojekt wurde unterdessen genehmigt.

Der vorliegende Bericht fasst die bisherigen Erkenntnisse aus drei Erhebungsphasen zusammen, schafft Bezüge zueinander und bettet sie theoretisch ein. Es werden die Ziele beleuchtet und eingeordnet sowie Impulse dafür formuliert, wie die bestehenden Herausforderungen im Rahmen des Folgeprojekts angegangen werden können, damit die Jugendbeteiligung in Solingen weiterhin gefördert und gestärkt wird.

Die im Rahmen des Projekts durchgeführte Evaluation war qualitativ angelegt und stützte sich in erster Linie auf teilstandardisierte, leitfadengestützte Interviews. Sie ging daher eher ‚in die Tiefe‘ als ‚in die Breite‘ und kann bezüglich der Effekte des untersuchten Projekts keine Kausalaussagen im sozialwissenschaftlich-statistischen Sinne treffen. Nebst Interviews mit Vertreter\*innen von Politik und Verwaltung wurde in der letzten Erhebungsphase seitens des Evaluationsteams während einer Dialog-Veranstaltung zusätzlich eine teilnehmende Beobachtungssequenz durchgeführt. Die Beobachtungen erfolgten während zwei Diskussionsrunden zwischen Jugendlichen und Vertreter\*innen von Verwaltung und Politik. Ziele der durchgeführten Beobachtung waren Analysen der Gruppendynamik, der Kommunikation sowie generell des Umgangs miteinander.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden werden die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung und die Kommunalpolitiker\*innen zwecks besserer Lesbarkeit weitgehend als ‚Politik und Verwaltung‘ oder teilweise auch als ‚Erwachsene‘ bezeichnet. Die bessere Lesbarkeit ist ebenfalls ein Grund dafür, dass in diesem Bericht Jugendliche und junge Erwachsene unter dem Begriff ‚Jugendliche‘ zusammengefasst werden. Diese Kategorisierung wird einerseits durch die Zielgruppenorientierung des Projekts ‚fYOUture‘ legitimiert, das eine Stärkung der politischen Partizipation von Personen im Alter von 14 bis 27 Jahren anstrebt und dadurch Personen über und unter 18 Jahren (Minderjährige und Erwachsene) gemeinsam in den Blick nimmt. Andererseits erscheint dies vor dem Hintergrund von Aussagen junger Erwachsener in den Interviews sinnvoll, die sich selbst (noch) als ‚Jugendliche‘ verstehen. Den Autor\*innen ist bewusst, dass ‚die Jugendlichen‘ keine homogene Einheit repräsentieren und sowohl bei der Arbeit im Projekt ‚fYOUture‘ als auch bei dessen Evaluation eine Differenzierung hinsichtlich Jugendlicher, die unabhängig von ‚fYOUture‘ politisch aktiv sind, und denjenigen, die sich bisher nicht politisch engagiert haben, vorgenommen werden sollte. Im vorliegenden Bericht wird nach Kräften versucht, dies zu berücksichtigen.

## 2 Theoretische Perspektiven auf das Thema Jugendbeteiligung und Demokratieförderung

Es gibt unterschiedliche Ansätze in der politischen Bildung allgemein und in der politischen Bildungsarbeit bzw. Demokratieförderung von jungen Erwachsenen. Ganz grundsätzlich geht es zunächst allen Ansätzen in der einen oder anderen Weise darum, ‚mündige‘ Bürgerinnen und Bürger hervorzubringen. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch eine bereits vor Jahrzehnten geführte Debatte darüber intensiviert, wie kritisch politische Bildung über den Aspekt der Förderung von Mündigkeit hinaus sein sollte. Das Projekt ‚fYOUture‘ fühlt sich einer kritisch-emanzipatorischen Politikbildung verpflichtet. Damit gemeint ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene dazu angeregt werden, Sachverhalte und Ansichten kritisch zu hinterfragen, nachvollziehbare Argumente zu formulieren und sie zu ermutigen, ihre eigene Meinung gegenüber anderen selbstbewusst zu vertreten.

Die kritische politische Bildung sieht sich im Zeichen der kritischen Gesellschaftstheorie und in diesem Sinne nicht ausschließlich als beschreibend und rahmensetzend, sondern sie will Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Frage stellen, gesellschaftliche Verhältnisse verändern und soziale Ungleichheiten abbauen. Es geht ihr um aktive Demokratisierung, und sie fragt dafür im Umkehrschluss danach, welche sozialen Realitäten und Entwicklungen Entdemokratisierung befördern (Lösch & Thimmel 2010). Kritische politische Bildung möchte dazu beitragen, „die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen und ihnen nicht lediglich unterworfen zu sein“ (Lösch 2020: 401), wobei – im Gegensatz zu konkurrierenden Strömungen – nicht das Ziel verfolgt wird, „Kinder und Jugendliche zur Demokratie oder Partizipation zu ‚erziehen‘, sondern sie als ‚Autor\*innen der künftigen Selbstgesetzgebung‘ ernst zu nehmen“ (ebd.: 402). Sie habe deshalb insbesondere die Aufgabe, „zur politischen Urteils-, Kritik- und realen Handlungsfähigkeit beizutragen, anstatt die Subjekte funktionalistisch zur formalen Teilhabe an bestehenden Strukturen zu qualifizieren“ (Lösch 2010: 120). Damit wird offenkundig auch die Notwendigkeit zur Erweiterung des politisch-institutionellen Handlungstableaus zum Ausdruck gebracht.

Dies auch deshalb, weil die internationale Politikwissenschaft schon seit Jahrzehnten den Zusammenhang zwischen materiellen und immateriellen Ressourcen bzw. ‚Kapitalien‘ (ökonomisches, soziales, kulturelles und politisches Kapital) einerseits und den politischen Partizipationschancen sowie faktischer Mitwirkung andererseits predigt – im Hinblick auf die institutionalisierte Demokratie, aber auch betreffend weniger institutionalisierter, d.h.

spontaner, experimenteller, bisweilen unkonventioneller Formen des Politischen, wie bspw. in sozialen Bewegungen und lokalen Initiativen. Sozio-ökonomische Ressourcen (Einkommen, Bildung, Herkunftsmilieu etc.) sind seit jeher als Prädiktoren für die politische Teilhabe anerkannt – es beteiligen sich ausgerechnet diejenigen signifikant am wenigsten, die über ein niedriges Wohlstandsniveau und nur über geringe Zufriedenheit mit den herrschenden Strukturen verfügen (Almond & Verba 1963; Schäfer 2010). So ist nach Schäfer (ebd.: 152) „formale Gleichheit zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine funktionierende Demokratie“. Denn es „lassen sich drei Gründe nennen, weshalb Menschen nicht partizipieren: weil sie wegen fehlender Ressourcen nicht können, weil sie aufgrund von geringem politischem Interesse und mangelndem Glauben an ihre externe Effektivität nicht wollen, oder weil sie nicht mobilisiert werden. Wachsende Ungleichheit kann alle drei Ursachen verstärken“ (ebd.).

Gerade Jugendliche werden von dem kritischen Ansatz besonders in den Blick genommen, da sich Jugendliche – insbesondere auch aus sozial marginalisierten Milieus – durchaus für gesellschaftliche Fragen und Entwicklungen interessieren, aber ihre „politischen Anliegen, Vorstellungen und Wünsche [...] nicht in Formen etablierter Politik [äußern]“ (Lösch 2013: 108). Politische Bildung müsse deshalb in ihrer Lebenswelt und bei ihren alltäglichen Verhältnissen ansetzen. Ein Problem hierbei sei, dass von den Jugendlichen oft die faktischen Einflussmöglichkeiten als gering eingeschätzt werden. Sie müssen demnach zur Teilnahme an Politik befähigt werden: „Um sich gesellschaftspolitisch einzubringen und handlungsfähig zu sein, muss ich meine Interessen kennen und ich muss in der Lage sein, sie zu verallgemeinern bzw. sie in geläufigen politischen Begriffen auszudrücken und sie zu gemeinsamen und gängigen Themen in Beziehung zu setzen. Außerdem muss ich mich dazu berechtigt fühlen und den Eindruck haben, dass sich jemand für diese Themen und Probleme tatsächlich interessiert und etwas ändern will und kann“ (ebd.: 122). Es braucht dafür Formen und Partizipationsstrukturen, die „als Rechte [...] zur Verfügung stehen und nicht von der aktuellen Gnade der Pädagogen /-innen abhängig sind“ (Sturzenhecker 2010: 87). Eine solche politische Bildung und Demokratieförderung macht sich „die Ermöglichung gegenseitiger Anerkennung, Solidarität und gemeinschaftliches Handelns, einen dialogischen und symmetrischen Umgang zwischen Erwachsenen und Jugendlichen“, aber auch „Verfahren des Übergangs von informellen öffentlichen Diskursen zu formalen, ‚verfassten‘ Entscheidungen in repräsentativen Gremien und nicht zuletzt Formen des Übergangs zur demokratischen Beteiligung und Entscheidung in der Umwelt“ zur Aufgabe (ebd.).

Gemäß der kritischen politischen Bildung müssen hierbei neben Strukturen, die ihnen solidarisches und demokratisches Handeln ermöglichen, auch bewusst Formate der Interaktion etabliert werden, in welchen soziale Ungleichheiten und Machtasymmetrien explizit thematisiert und seitens der Jugendlichen auch die für sie nötigen Rahmenbedingungen eingefordert werden können, die sie zu mehr Teilhabe befähigen. Dies insbesondere deshalb, weil Jugendlichen von Erwachsenen oftmals ein geringerer Einfluss auf politische Entscheidungen zugestanden wird und sie ihre Einflussmöglichkeiten bisweilen auch selbst reduzieren. Das liegt vor allem daran, dass sie sich den Älteren im Hinblick auf konkrete Inhalte und Erfahrungen unterlegen fühlen, da ihr politischer Wissensfundus weniger stark ausgeprägt ist und ihnen deshalb eine geringere Urteilsfähigkeit bescheinigt wird. Entwicklungspsychologisch betrachtet, wird dies allerdings dadurch aufgewogen, dass im Jugendalter die sog. ‚fluide Intelligenz‘ auf ihrem Höhepunkt und somit auch ‚ein optimales Niveau an Urteilsfähigkeit und schlussfolgerndem Denken‘ vorhanden ist (Oerter 2016: 81). Junge Menschen verfügen außerdem über ‚größere Unvoreingenommenheit gegenüber politischen Fragen, die Erwachsenen oft fehlt, weil sie in sogenannten Sachzwängen denken und für alle Situationen schon vorgefasste Lösungen präsentieren können [...] Empirische Befunde belegen [...] dass Jugendliche in zentralen politischen Fragen differenziert denken und urteilen können und dass sie reife Entscheidungsfähigkeit und politische Handlungskompetenz in überschaubaren Systemen wie Familie und Schule aufbauen können‘ (ebd.).

Angesichts dessen könnten innovative Kommunikations- und Austausch-Foren einen erheblichen Mehrwert stiften, in denen junge Erwachsene in wertschätzender Weise und ‚auf Augenhöhe‘ in die Lage versetzt werden, ihre Ansichten und Interessen nicht nur einzubringen bzw. zu vertreten, sondern gemeinsam mit den Erwachsenen Spielräume für kollaborative Handlungen, friedliche Konfliktregelung und letztlich politisch ‚werthaltige‘ Entscheidungen konstruktiv auszuloten. Dabei sollte es sich nicht um vermeintlich ‚kindgerechte‘, realitätsferne ‚Spielwiesen‘ und ‚Wunschkonzerte‘ im Hinblick auf periphere Themen handeln, welchen die Erwachsenen mehr oder weniger indifferent gegenüber stehen oder deren Umsetzung mit Verweis auf die kommunale Haushaltsplanung abgewehrt werden kann, sondern um Orte, an denen sie sich legitim ernstgenommen fühlen dürfen, und um reale Planungsprozesse, deren Ausgang auch das Politik- und Verwaltungssystem – sowie die weitere Öffentlichkeit – ebenso real tangiert (Sturzenhecker 2015: 77f.).

### 3 Zielerreichung und Herausforderungen: Überblick

Diese theoretisch-konzeptionellen Gedanken müssen zur Deckung gebracht werden mit den Zielen des Auftrages, der diesem Bericht zugrunde liegt. Demnach sollte evaluiert werden, inwiefern das Projekt die folgenden Ziele erreicht hat:

- I. *Entstehung einer jugendgerechten kommunalen Infrastruktur;*
- II. *Mitgestaltung kommunalpolitischer Prozesse durch junge Menschen;*
- III. *Identifizierung von Gelingensbedingungen und Stolpersteinen.*

Hierfür sollten empirische Schritte analysieren, ob der mangelnden Befugnis und Anerkennungskultur seitens der Kommunalpolitik gegenüber Jugendlichen begegnet wurde und ob es gelungen ist, Bewusstsein für Jugendgerechtigkeit sowie eine Anerkennungskultur innerhalb der städtischen Verwaltung nachhaltig zu implementieren (siehe Teilziele in der Dimension *Bewusstsein* in Tabelle 1 auf der folgenden Seite). Es sollte ferner in Erfahrung gebracht werden, ob ein Konzept der ganzheitlichen Akquise / Öffentlichkeitsarbeit etabliert und ein ausgereiftes Kooperationsnetzwerk entstanden ist. Vor allem war es aber auch das Ziel, zu analysieren, ob niedrigschwellige und institutionelle Jugendbeteiligung verzahnt wurden und die kritische Demokratiebildung kontinuierlich und nachhaltig gefördert wird (Teilziele in der Dimension *Partizipation*).

Die übergeordneten Projektziele I und II können im Hinblick auf den Status quo im Sommer 2020 betrachtet werden und bilden zugleich die Basis für eine ausdifferenziertere Operationalisierung von Projektziel III, welches sich seinerseits den genannten Teilzielen der Dimensionen *Bewusstsein* und *Partizipation* einerseits sowie den sich aus der bisherigen Zielerreichung ergebenden Herausforderungen für die weitere Projektarbeit – zwecks Schaffung von Gelingensbedingungen und Vermeidung von Stolpersteinen – zuordnen lässt. Projektziel III liegt also gewissermaßen quer zu den beiden anderen Projektzielen. Wie Tabelle 1 zeigt, warten fünf Herausforderungen auf das Projektteam, die sich jeweils für sich genommen auf die Schaffung von adäquaten Voraussetzungen und gleichzeitig das frühzeitige Erkennen von kontraproduktiven Dynamiken beziehen. Zum Teil ergeben sich Herausforderungen auch aus Erkenntnissen bezüglich der Zielerreichung in unterschiedlichen (Teil-) Zielen, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. Die Herausforderungen werden in Kapitel 5 ausführlich behandelt (siehe rote Verweise).

**Tabelle 1: Projektziele, Teilziele und Herausforderungen**

Projektziele	III. Identifizierung von Gelingensbedingungen und Stolpersteinen	
	Teilziele	Herausforderungen
I. Entstehung einer jugendgerechten kommunalen Infrastruktur	Bewusstsein für Jugendgerechtigkeit sowie Anerkennungskultur wurden innerhalb der städtischen Verwaltung implementiert	1. Ergänzung der formal-institutionalisierten Partizipationsformen → 5.1
	Der mangelnden Befugnis und Anerkennungskultur (der Kommunalpolitik) gegenüber Jugendlichen wurde begegnet	2. Potentiale für die weitere Institutionalisierung von Beteiligung nutzen → 5.2
II. Mitgestaltung kommunalpolitischer Prozesse durch junge Menschen	Niedrigschwellige und institutionelle Jugendbeteiligung sind verzahnt	3. Grundlagen dialogischer Kooperation / Kommunikation entwickeln → 5.3
	Ein ausgereiftes Kooperationsnetzwerk ist entstanden	
	Kritische Demokratiebildung wird kontinuierlich und nachhaltig gefördert	4. Thematisierung von sozialen Ungleichheiten / strukturellen Machtasymmetrien → 5.4
	Ein Konzept der ganzheitlichen Akquise / Öffentlichkeitsarbeit ist etabliert	5. Optimierung der Ansprache von Jugendlichen → 5.5

**Zielerreichung**

Nicht	Eher nicht	Teils-teils	Eher ja	Voll und ganz
-------	------------	-------------	---------	---------------

**Priorisierung**

Mittel (langfristig)	Hoch (kurz- bis mittelfristig)
----------------------	--------------------------------

Mit Blick auf die theoretischen Überlegungen zur Jugendpartizipation und einer kritischen politischen Bildung wird unmittelbar ersichtlich, dass im Zuge von ‚fYOUture‘ bereits einige Hürden genommen wurden, um die Jugendbeteiligung in Solingen und ihre Verankerung im Bewusstsein sowie in den Strukturen der kommunalen Willensbildung und Entscheidungsfindung voranzutreiben. Bei den Herausforderungen (vgl. Tabelle 1) sehen wir jedoch weiterhin Entwicklungspotential, insbesondere im Hinblick auf den weiteren Ausbau formal-institutionalisierter Partizipationsformen und bezüglich der kontinuierlichen Arbeit an Grundlagen dialogischer Kooperation und Kommunikation. Das Gleiche gilt für die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten und strukturellen Machtasymmetrien in den Interaktionen zwischen Jugendlichen und Vertreter\*innen des Politik- und Verwaltungssystems. Diese drei ‚Hebel‘ sehen wir als prioritär geeignet, um die Teilhabe und



Teilnahme von jungen Solinger\*innen an politischen Themen kurz- bis mittelfristig zu konsolidieren. Die weitere Institutionalisierung von Beteiligung, um Jugendlichen die Erfahrung zu ermöglichen, an realen Entscheidungen zu partizipieren und diese effektiv beeinflussen zu können – wie z.B. durch eine formale Aufnahme des Jugendstadtrates in die kommunalpolitische Beratungsfolge – betrachten wir als angemessenes Instrument, welches näher in Angriff genommen werden kann, sobald auf der weniger stark institutionellen Ebene ein regelmäßiger, als völlig selbstverständlich wahrgenommener Dialog auf Augenhöhe etabliert werden konnte. Bei der Akquise und Öffentlichkeitsarbeit sehen wir gleichermaßen eine gewisse ‚Sättigung‘ durch die Nutzung bereits durchaus vielfältiger Ansprache- und Gewinnungsmedien erreicht. Auch wenn wir hier noch kein umfassendes Konzept der ganzheitlichen Akquise / Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet sehen, gehen wir eher davon aus, dass noch stärker als bisher Erfahrungen und Erlebnisse produziert werden, die dazu führen, dass sich die Veranstaltungen quasi ‚per Mundpropaganda‘ und der Rekrutierung von neuen über bereits aktiv Teilnehmenden ‚selbst tragen‘, sofern das Projektteam den kurz- bis mittelfristigen Herausforderungen mit Engagement begegnet.

#### **4 Erreichung der übergeordneten Projektziele**

Die beiden zentralen Projektziele – die Entstehung einer jugendgerechten kommunalen Infrastruktur bzw. ihre weitere Belebung sowie die Förderung der Mitgestaltung kommunalpolitischer Prozesse durch junge Menschen – konnten seit dem Projektstart im Herbst 2017 in weiten Teilen erreicht werden. ‚fYOUture‘ wurde von allen interviewten Personen über drei Zeiträume hinweg als ein zentraler Anker der Solinger Jugendpartizipation bezeichnet und stößt bei den Jugendlichen sowie bei den Kommunalpolitiker\*innen und Verwaltungsmitarbeiter\*innen auf breite Zustimmung. Es ist unverkennbar, dass in den relevanten Behörden und unter den politischen Mandatstragenden das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Berücksichtigung von jugendlichen Anliegen in den vergangenen Jahren zugenommen hat (auch bei Verwaltungseinheiten wie bspw. dem kommunalen Ordnungsdienst). Zudem ist das Portfolio an jugendgerechten Formen der Mitgestaltung im kommunalen Raum breiter geworden.

Schon zu Beginn der Evaluation wurde durch Interviews mit Jugendlichen und Vertreter\*innen der Solinger Politik und Verwaltung in Erfahrung gebracht, wie es um die Strukturen der Jugendpartizipation in der Stadt bestellt ist und welchen Beitrag ‚fYOUture‘ hierzu kurz nach dem Projektstart leisten konnte bzw. im weiteren Projektverlauf leisten

kann. Es wurde damals klar, dass beide Seiten die bestehenden Strukturen und Prozesse der Jugendbeteiligung als weit ausgebaut und die faktische Inanspruchnahme, Teilhabechancen sowie daraus entstehende Ergebnisse ebenfalls positiv einschätzten. Die Jugendlichen äußerten seinerzeit, dass ihre Gegenüber in der Politik und im Verwaltungssystem über hohe Sensibilität für das Thema Jugendbeteiligung verfügten. Auch in die Gegenrichtung stellten die Erwachsenen den Jugendlichen ein gutes Zeugnis aus.

In diesem Zusammenhang wurden vor allem die institutionalisierten Formen der Jugendbeteiligung (wie z. B. der Jugendstadtrat sowie die personellen Kompetenzen seitens der Jugendförderung) als langjährige, gut funktionierende Kooperationsarenen beschrieben, mit denen es gelänge, die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen in der Stadtgesellschaft abzuholen. Ein drängendes Anliegen war jedoch bei den ersten Interviews die Aufnahme des Jugendstadtrats in die institutionelle Beratungsfolge und die damit einhergehende, umfassende Mitsprache in den kommunalpolitischen Ausschüssen und bei Entscheidungen, die nicht dezidiert für die Jugend ‚geöffnet‘ sind. Es war die einhellige Meinung, dass neben den ‚schweren‘ institutionellen Formaten der Jugendpartizipation mehr Freiräume zu schaffen seien, in denen sich Jugendliche niedrigschwellig an Politik ‚herantasten‘ und sie spielerisch den Umgang mit ihr erlernen können.

Dem Projekt ‚fYOUture‘ wurde dafür eine zentrale Rolle zugeschrieben. Die Jugendlichen sagten nach ihren ersten Erfahrungen als Teilnehmende in den verschiedenartigen Projektaktivitäten, dass in den innovativen didaktischen Settings eine wertschätzende Atmosphäre hergestellt und es ihnen ermöglicht wurde, am Austausch mit Politik und Verwaltung produktiv teilzunehmen und wertvolle Kontakte zu knüpfen. Die interviewten Personen aus Politik und Verwaltung zeigten sich wiederum erstaunt darüber, wie offen und realistisch die jungen Erwachsenen mit Fragen des Gemeinwesens umgingen und lobten die konstruktive Diskussionsatmosphäre im Rahmen der erlebten Aufeinandertreffen.

In der Folge und bei den späteren Interviews verdichtete sich dieses Bild und der hohe Ausbaugrad der partizipatorischen Infrastruktur wurde vor allem bei unseren zweiten Interviews mit konkreten Beispielen hinterlegt. So sagten die Jugendlichen damals, dass sich ihre Beteiligungsmöglichkeiten durch Veranstaltungen und Aktionen mit informellem, ungezwungenem Charakter – wie die von ‚fYOUture‘ organisierten Get Togethers, Empowerment-Workshops, Trialoge sowie das Festhalten am bewährten Format des Jugendforum oder einem neu lancierten Videoprojekt mit Jugendlichen im öffentlichen Raum

– erheblich verbessert hätten. Vor allem den drei Trialog-Veranstaltungen bescheinigten sie und die Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Generationen. Ebenso sei es gelungen, das Engagement der Jugendlichen für andere Jugendliche zu stärken und somit mehr junge Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen zu gewinnen. Immer wieder wurden dabei die Jugendförderung und insbesondere ‚fYOUture‘ als treibende Kraft genannt.

In unseren letzten Gesprächen im Frühjahr 2020 zeigte sich darüber hinaus, dass nicht ausschließlich der Dialog forciert wurde, sondern – so eine Stimme aus der Politik – immer mehr gemeinsame Beschlüsse gefasst und Erfolge gefeiert werden konnten. Als teilnehmende Beobachtende nahmen wir an zwei Trialog-Workshops mit Vertreter\*innen von Jugend, Politik und Verwaltung teil und konnten einen allgemein sehr wertschätzenden, lösungsorientierten und respektvollen Umgang zwischen allen Beteiligten konstatieren. Dabei fiel uns auch die Gestaltung der Workshops positiv auf, bei denen zu Beginn von der Moderation jeweils die Gesprächsregeln klar kommuniziert wurden und für die Überprüfung dessen eine Person involviert wurde, die den Prozess beobachtete. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass alle, unabhängig von Alter und Herkunft, ihre Anliegen kommunizieren konnten. Im Großen und Ganzen scheint dies zu funktionieren, jedoch war unsere Wahrnehmung, dass sich die Jugendlichen teilweise selbst stark zurücknahmen und wie durch eine ‚unsichtbare Eigendynamik‘ Machtungleichheiten zwischen Jugendlichen und Erwachsenen reproduziert wurden. Dem könnte bei zukünftigen Veranstaltungen und bei der Neuentwicklung von Formaten noch stärker begegnet werden

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ‚fYOUture‘ einen essenziellen Beitrag leisten konnte, um in Solingen die Jugendbeteiligung auf die politische Agenda zu bringen und Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung für die Bedürfnisse von Jugendlichen zu sensibilisieren bzw. diese besser sichtbar zu machen. In den Gesprächen mit Jugendlichen zeigte sich, dass auch sie die im Rahmen des Projekts geschaffenen Beteiligungsmöglichkeiten schätzen und die dafür initiierten Veranstaltungen und Aktionen bei ihnen auf Anklang gestoßen sind. Dennoch bleibt es ein Prozess, die Ziele rund um die Jugendbeteiligung und Demokratieförderung auch weiterhin zu verfolgen und auszubauen, damit Jugendbeteiligung in Solingen – unabhängig von eigens darauf ausgerichteten Projekten – künftig selbstverständlicher gelebt wird.

## 5 Herausforderungen

Ungeachtet der Erfolge, auf die das Projekt zurückblicken kann, gilt es in der nun kommenden zweiten Projektphase, einige Herausforderungen zu meistern. Dazu gehört, dass die bereits erfolgte Ergänzung der formal-institutionalisierten Partizipationsformen weiterer Entwicklungsschritte bedarf, die z.B. bewirken, dass gemeinsame Beschlüsse noch konsequenter umgesetzt werden und die Jugendlichen sich noch besser ‚gehört‘ und vor allem ernstgenommen fühlen. Hierzu könnte ebenso gehören, sich weiter für eine verstärkte Sensibilisierung für politische Partizipation in den Schulen – gewissermaßen im Sinne einer ‚Frühförder-Strategie‘ – einzusetzen (siehe *5.1: Ergänzung der formal-institutionalisierten Partizipationsformen*). Auch die Tatsache, dass der Jugendstadtrat weiterhin nicht Teil der Beratungsfolge und demnach ohne umfassende Mitsprache in Ausschüssen ohne direkten jugendpolitischen Bezug ist, könnte längerfristig überdacht werden (siehe *5.2: Potentiale für die weitere Institutionalisierung von Beteiligung nutzen*).

Um die wahrgenommene Wertschätzung und das Interagieren auf Augenhöhe zu unterstützen, sollte das Projektteam weiter an den Veranstaltungs-Settings feilen; etwa durch den bewussten Einsatz von Kleingruppen-Formaten und eine noch konkretere / verbindlichere Kennzeichnung von Verantwortlichkeiten entlang präzisierter Kriterien (siehe *5.3: Grundlagen dialogischer Kooperation / Kommunikation entwickeln*). Ursachen, Erscheinungsformen und Reproduktions-Mechanismen von Machtungleichheiten sowie generell Aspekte sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen für die politische Partizipation sollten ihren Platz auf der Agenda haben, damit alle Beteiligten bewusst mit diesen umgehen und allenfalls gegensteuern können, sofern nötig (siehe *5.4: Thematisierung von sozialen Ungleichheiten / strukturellen Machtasymmetrien*). Das in den Interviews zum Teil von Politiker\*innen und Verwaltungs-Mitarbeiter\*innen attestierte ‚Bekanntheitsproblem‘ des Projekts und der Geschäftsstelle Jugendstadtrat könnte ebenfalls perspektivisch durch eine verbesserte Ansprache bzw. Kommunikationsmaßnahmen in Angriff genommen werden (siehe *5.5: Optimierung der Ansprache von Jugendlichen*).

### 5.1 Ergänzung der formal-institutionalisierten Partizipationsformen

Partizipationsförderung im Zeichen einer kritischen politischen Bildung setzt sich den Anspruch, über die formale Teilhabe an institutionalisierten Strukturen hinaus zur Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Belange des Gemeinwesens beizutragen.

Gerade Jugendliche – so die zentrale Annahme – müssen in ihrer Lebenswelt und in ihren alltäglichen Verhältnissen angesprochen und ‚mitgenommen‘ werden.

Die an sich gute Beteiligungs-Infrastruktur wurde in allen unseren Gesprächen als Besonderheit von Solingen und des ‚fYOUture‘-Projekts genannt. Es wurde aber auch immer wieder betont, dass die traditionellen Bildungsinstitutionen – vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Hoch- bzw. Berufsschule – zentrale Rollen einnehmen, um Beteiligungsprozesse frühzeitig, kontinuierlich und nachhaltig zu fördern. Es ist die verbreitete Wahrnehmung, dass sich bis dato zu wenige Schulen aktiv beteiligen und mehrheitlich keine nennenswerte Plattform für Beteiligung bieten. Von den interviewten Personen wurde zu bedenken gegeben, dass für politische Partizipation eine frühzeitige Sensibilisierung und Motivation für Themen der Mitbestimmung unerlässlich sei. Die stärkere Einbindung der zentralen Alltags-Institution Schule erscheint auch sinnvoll, um möglichst viele verschiedene Jugendliche zu erreichen.

Dabei und über die Schule hinaus kann auf bereits bestehende Beteiligungsformate kooperativ zurückgegriffen werden. Der Einbezug von politisch engagierten Jugendlichen, die Schüler\*innen über ihre Funktion und Beteiligungsmöglichkeiten informieren, erscheint auch weiterhin sinnvoll. Dem vorgelagert bleibt aber die Notwendigkeit, dass möglichst viele Schulen dafür eine Plattform bieten und für dieses Vorhaben gewonnen werden können. Lohnend erscheint ebenfalls ein Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen bspw. im Hinblick auf die Frage, wie niedrigschwellige Foren der Jugendbeteiligung mit institutionellen Formen besser verzahnt werden können.

## **5.2 Potentiale für die weitere Institutionalisierung von Beteiligung nutzen**

Es wird in der Theorie hervorgehoben, dass Jugendliche merken müssen, dass sie ‚wirklich etwas bewegen‘ und Entscheidungen faktisch beeinflussen können. In diesem Zusammenhang wurde in allen unseren Interviews die (partielle) Aufnahme des Jugendstadtrats in die Beratungsfolge – oder zumindest eine Festschreibung der Jugendbeteiligung in den kommunalpolitischen Verfahrensregeln – angemahnt. Dieses Ziel sollte auch mittel- bis langfristig weiterverfolgt werden, da es offenkundig für alle Beteiligten (Jugendliche, aber auch zahlreiche Vertreter\*innen des Politik- und Verwaltungssystem) relevant erscheint. Dafür könnte ein Mechanismus etabliert werden, bei dem sich Stadtrat und Jugendstadtrat in regelmäßigen Abständen (z.B. zu Beginn eines Sitzungsjahres) darüber verständigen, zu welchen (Ausschuss-) Themen Stellungnahmen der Jugendlichen eingeholt

werden. Das prinzipielle Rederecht sollte in allen Gremien (ausgenommen den eigentlichen Ratssitzungen) gewährleistet sein. Ebenfalls denkbar wäre eine weitere Unterstützung der Strukturen des Jugendstadtrates durch die Verwaltung (bspw. bei der Terminkoordination und -organisation), um Professionalität und Verbindlichkeit zu erhöhen.

Möglich wäre darüber hinaus, ein Mentoring / Patenschaften zwischen Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung und Jugendlichen zu initiieren, damit Letztere noch stärker mit den politischen Abläufen vertraut gemacht werden. Von zentraler Bedeutung wäre in einem solchen Setting jedoch die Haltung der Erwachsenen: Ihre Gegenüber sollten als urteilsfähige Individuen wahrgenommen werden, die informiert und instruiert, nicht aber belehrt oder gar ‚erzogen‘ werden müssen. Entsteht bei den Jugendlichen der Eindruck, dass man sie in eine bestimmte Richtung ‚dirigieren‘ möchte, hätte dies nach allen Erkenntnissen aus der Forschung mutmaßlich eher kontraproduktiven Charakter.

### **5.3 Grundlagen dialogischer Kooperation / Kommunikation entwickeln**

Um die eigenen Interessen gesellschaftspolitisch einbringen zu können, muss den Jugendlichen signalisiert werden, dass sich die Gesellschaft auch tatsächlich für ihre Themen und Probleme interessiert. Gemäß der kritischen politischen Bildung müssen dafür nebst geeigneten Partizipationsstrukturen auch adäquate Interaktions-Formate geschaffen werden, die bestehende Machtasymmetrien nicht zusätzlich verstärken.

Das Bedürfnis nach einem wertschätzenden Umgangston, fairen Gesprächszeiten und -regeln wurde von Jugendlichen wiederholt geäußert. In der Schaffung von Zusatzfunktionen wie beispielsweise Prozessbeobachtenden während Diskussionsrunden an Dialog-Veranstaltungen wurden bereits wichtige Schritte unternommen, um dysfunktionale Gesprächsdynamiken zu erkennen und entsprechend zu intervenieren. Wichtig ist, dass auch die Moderator\*innen darauf bedacht sind, Machtasymmetrien nicht unbewusst zu verstärken (z.B. Jugendlichen immer zuerst das Wort erteilen, wenn gleichzeitig auch Erwachsene den Wunsch nach einer Wortmeldung signalisieren, oder Fragen immer zuerst an die Jugendlichen adressieren). Kleinere Arbeitsgruppen (zirka 5 bis maximal 10 Personen) können sich zudem positiv auf die Redebereitschaft von eher schüchternen Jugendlichen auswirken. Vielseitige Kommunikations- und Austausch-Formate durch interaktive Gruppensequenzen, Aktivierungs- und Auflockerungsspiele, aber auch den Einsatz digitaler Tools (insbesondere nach COVID-19) haben in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen einen hohen Stellenwert, dem auch weiterhin Rechnung getragen werden sollte.

Hierbei würde es sich auch anbieten, bei einer Veranstaltung mit Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung sowie den Jugendlichen die wichtigsten Grundlagen für eine gelingende Kommunikation zu erarbeiten und darauf basierend ein kurzes Positionspapier oder einen Leitfaden zu entwickeln, in dem die von beiden Seiten als zentral wahrgenommene Punkte festgehalten werden. In einem ersten Schritt könnten beispielsweise die Stärken von Erwachsenen (z.B. hinsichtlich Lebenserfahrung, Bildungsvorsprünge) und jene der Jugendlichen (etwa stärkere Unvoreingenommenheit, Enthusiasmus) hervorgehoben und daraus konkrete Bedürfnisse und Verfahrensregeln abgeleitet werden. Wie sich in den Gesprächen mit Jugendlichen und Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung zeigte, ist die Kommunikation auf Augenhöhe eine zentrale Voraussetzung für einen gelingenden Austausch. Auch diesbezüglich würde es sich anbieten, Merkmale einer wertschätzenden Kommunikationskultur (z.B. genügend Raum für Fragen lassen, das Gegenüber ernst nehmen und aussprechen lassen) zu diskutieren, definieren und schriftlich festzuhalten.

In der letzten Erhebungsphase wurde von Politik und Verwaltung zudem die Etablierung einer gegenseitigen ‚Willkommenskultur‘ vorgeschlagen. Konkret umgesetzt werden könnte diese in Form von einem jährlichen ‚Tag der offenen Tür‘, in dessen Rahmen sowohl Jugendliche als auch Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung zu ihren internen Sitzungen / Veranstaltungen einladen und Austauschplattformen anbieten. Diese Formate könnten auch dazu beitragen, Einblicke in die ‚Lebenswelten‘ der jeweils anderen Seite zu erhalten und damit auch Berührungängste abzubauen.

#### **5.4 Thematisierung von sozialen Ungleichheiten / strukturellen Machtasymmetrien**

Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher sozialer Voraussetzungen und angesichts des geringeren politischen Einflusspotentials von Jugendlichen auf institutionalisierte Politikformen wurden zu Beginn des Projekts im Rahmen unserer ersten Interviews lediglich am Rande geäußert. Verschiedene sozialräumliche und soziokulturelle Prägungen und ihr Einfluss auf die Partizipationschancen der jungen Erwachsenen wurden damals angesprochen. Die Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung wie auch die Jugendlichen äußerten den Wunsch, dass zukünftig eine stärkere soziale Durchmischung unter denjenigen Jugendlichen anzustreben sei, die sich aktiv politisch einbringen. Soziale Ungleichheit bilde sich unmittelbar in der Herkunft und milieuspezifischen Sozialisation ab. Jedoch blieben

dabei übergeordnete Machtasymmetrien zwischen den Jugendlichen einerseits und Politik und Verwaltung andererseits unerwähnt.

Dies änderte sich mit dem zweiten Befragungszeitpunkt; wohl auch aufgrund des verbreiterten Experimentierfeldes für wechselseitigen Austausch und den positiven wie auch ernüchternden Erfahrungen, welche die Projektbeteiligten durch ‚fYOUture‘ sammeln konnten. Jugendliche aus dem öffentlichen Raum, welche wir aufgesucht hatten, wiesen auf ihre teils gefühlte Machtlosigkeit gegenüber der Politik und Verwaltung hin und betonten, dass ‚fYOUture‘ ihre individuelle Selbstermächtigung fördere. Die Erwachsenen verwiesen auf das gemeinsame Planen und Finden von Lösungen als wichtigen Baustein, um auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen zu können, sowie auf einen respektvollen Kommunikationsstil, bei dem mit den Jugendlichen alles angesprochen werden könne und sie ernst genommen würden. Bei den Gesprächspartner\*innen aus dem Politik- und Verwaltungssystem machte sich zu dieser Zeit ein gewisses Unbehagen in Bezug auf die Partizipationskompetenz der Jugendlichen breit, die zwar in einigen Bereichen hohe Expertise und einen ausgeprägten Mitgestaltungs-Enthusiasmus mitbrächten, denen aber bei anderen Themen das Interesse und teilweise auch die Zeit fehle, um sich mit ihnen langfristig und ergebnisorientiert auseinanderzusetzen. Nicht angesprochen wurde von den Erwachsenen, dass es auch an ihnen liegt, dafür Sorge zu tragen, dass alle sozialen Gruppen der Stadtgesellschaft inklusive Jugendlicher an der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Es war gelegentlich unser Eindruck in den Interviews, dass sie die Teilhabe- und Teilnahmechancen der jungen Erwachsenen über- bzw. die partizipationshemmenden Umstände des bloßen ‚Jugendlichseins‘ allgemein – und von sozialen Benachteiligungen im Besonderen – unterschätzen. Überlagert wurde diese Wahrnehmung dadurch, dass sowohl Jugendliche als auch Erwachsene dem ‚fYOUture‘-Projekt durchwegs bescheinigten, zu einer Verbesserung der Kommunikation zwischen den jungen Erwachsenen und der kommunalen Politik bzw. Verwaltung beizutragen. Genannt wurde zwar Optimierungspotential im Hinblick darauf, mehr Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus an den Belangen des städtischen Gemeinwesens partizipieren zu lassen. Die in der Theorie angesprochenen, generellen Unterschiede beim politischen Einfluss und dem ihnen attestierten Urteilsvermögen spiegeln sich in den Interviews eher nicht. Wir entschieden deshalb, in der dritten und finalen Erhebungsphase diesem Aspekt ein besonderes Augenmerk zu widmen.



Im letzten Interview-Zyklus sprachen wir die interviewten Personen aus der Politik und Verwaltung direkt darauf an, ob ein Machtgefälle zwischen den Jugendlichen und ihnen bestehe. Alle Befragten stimmten dem ohne Umschweife zu und gaben zu bedenken, dass den Machtungleichheiten entgegengewirkt werden könne, wenn die Erwachsenen den Jüngeren zuhörten, sie ihnen nichts in den Mund legten, die Jugendliche ihre Rechte und Pflichten kennten und es eine konkrete Anlaufstelle gebe, die das ‚Aufeinander-Zugehen‘ erleichtert und Berührungsängste abbaut. Dem Projekt ‚fYOUture‘ wurde dabei eine wichtige Initiierungsfunktion bescheinigt, da mit ihm der Umgang mit Rahmenbedingungen sowie mit politischen Prozessen eingeübt werden könne. Aber auch die Politik und das Verwaltungssystem seien in der Pflicht, eine vermittelnde Position einzunehmen und im Zweifel die Anliegen der Jugendlichen ‚mitzuvertreten‘.

Umso interessanter, angesichts dieser Aussagen, fanden wir die Beobachtung während der Diskussionsrunden, da sich hier die angesprochenen Asymmetrien systematisch zu reproduzieren schienen und die Vertreter\*innen von Politik und Verwaltung wesentlich häufiger das Wort ergriffen und länger sprachen als die Jugendlichen. Letztere übten sich allein schon auf der nonverbalen und paraverbalen Ebene in Zurückhaltung, d.h. im Hinblick auf ihre Körpersprache, Gestik und Mimik sowie in Bezug auf Tonfall, Sprachmelodie und Sprechtempo. Sie gaben häufiger ein Handzeichen und warteten in der Regel, bis sie von der Moderatorin zum Sprechen aufgefordert wurden, anstatt – wie es für die Erwachsenen eher prägend war – anderen Diskussionsteilnehmenden ins Wort zu fallen bzw. an deren Redebeiträge unmittelbar anzuschließen. Ebenfalls war auffällig, wie sich die Jugendlichen häufig von den Begrifflichkeiten und dem Sprachduktus der Älteren ‚anstecken‘ ließen und die Aktiven in Parteien bzw. Parteijugendorganisationen den Diskurs dominierten. Offenbar fühlten sich in der Debatte einige Jugendliche eher als andere ‚legitimiert‘, ihre Ansichten gegenüber Politik und Verwaltung offensiv zu vertreten.

Diese Beobachtungen zeigten uns das stark verankerte und leicht reproduzierbare Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Jugendlichen eindrücklich auf. Es braucht vor diesem Hintergrund Sensibilisierung, Vertrauensaufbau und bewusst darauf ausgerichtete Interventionen, wenn das Ziel ist, diese Ungleichheiten – auch in konkreten Diskussions-Settings – etwa durch eine steuernde Moderation abzubauen.

Wie bereits in der letzten Berichtsperiode vorgeschlagen, würden sich bspw. Workshops für Jugendliche anbieten, die Themen wie Auftrittskompetenz behandeln mit dem Ziel, sich und

die eigenen Anliegen selbstbewusst vertreten zu können. Gleichzeitig könnten Angebote für die Vertreter\*innen von Politik und Verwaltung konzipiert werden, welche sie dabei unterstützen, eine höhere Sensibilität für die Anliegen der Jugendliche zu entwickeln und bestehende Machtasymmetrien bewusster und besser zu erkennen.

## **5.5 Optimierung der Ansprache von Jugendlichen**

Mit der bestehenden Geschäftsstelle Jugendstadtrat wurde eine wichtige Anlaufstelle geschaffen, um Themen und Anliegen von Jugendlichen und Erwachsenen zentral entgegennehmen zu können. In allen Erhebungsphasen zeigte sich sowohl bei den Jugendlichen als auch bei Vertreter\*innen aus Politik und Verwaltung deutlich, dass diese Geschäftsstelle noch zu wenig bekannt ist und infolgedessen unbedingt Vorkehrungen getroffen werden sollten, damit diese stärker in den Fokus rückt. Denkbar wären beispielsweise Werbeplakate oder Flyer und die Bestimmung einer Person, welche die Stelle nach außen vertritt (nach dem Prinzip ‚eine Stelle, ein Gesicht‘). Darüber hinaus könnten auch zielgruppenspezifische Aufrufe in Soziale Medien lanciert werden.

Um möglichst viele Jugendliche für die Teilnahme an Anlässen motivieren zu können, sollten Jugendlichen jeweils im Vorfeld die Möglichkeit erhalten, Themen einzubringen, die sie beschäftigen und welche sie gerne mit Vertreter\*innen aus Verwaltung und Politik diskutieren möchten. Zusätzlich sollten – wie in anderen Berichten bereits erwähnt – den Jugendlichen mehrere Optionen zur Verfügung gestellt werden, wie und wo sie ihre Bedürfnisse und Ideen einbringen können (beispielsweise mittels Bereitstellung von analogen und virtuellen Briefkästen, in denen Anliegen und Vorschläge eingebracht und diskutiert werden können). Dabei erscheint es uns wichtig, in erster Linie bei Jugendlichen abzuholen, welche Arten der Ansprache bei ihnen auf Anklang stoßen. Damit machten die Jugendlichen die Erfahrung, dass ihre Ideen greifbare Folgen haben und es sich lohnt, eigene Visionen zu entwickeln und sich für deren Verwirklichung einzusetzen.

Allerdings haben wir den Eindruck gewonnen, dass bereits durchaus auf unterschiedlichen Wegen für das Projekt geworben wird und es ‚natürliche Grenzen‘ der Ansprache von Jugendlichen in der Stadtgesellschaft gibt. Wie es auch für andere Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation (wie z.B. im Vereinswesen) prägend ist, können Marketingmaßnahmen zwar unterstützend wirken, aber die persönliche Ansprache und ‚Mundpropaganda‘ nicht ersetzen (wenngleich im Zuge der Corona-Pandemie digitale Medien sicherlich nicht an Relevanz einbüßen werden).

## 6 Zusammenfassung und Ausblick

Es lässt sich festhalten, dass das Projekt ‚fYOUture‘ in den vergangenen drei Jahren dazu beigetragen hat, Jugendpartizipation und Themen der Demokratieförderung stärker auf die politische Agenda der Stadt Solingen zu bringen und mit konkreten Anlässen sowie der Schaffung von geeigneten Veranstaltungsformaten einen Austausch zwischen Jugendlichen und Vertreter\*innen von Politik und Verwaltung anzuregen.

Damit diese erarbeiteten Grundlagen nicht von anderen Anliegen und Zielgruppen verdrängt werden, ist das Folgeprojekt von zentraler Bedeutung. In der kommenden Projektphase sollte das Augenmerk aber nicht ausschließlich auf der Weiterentwicklung und Verstetigung von Jugendpartizipation liegen. Es sollten Akteurinnen und Akteure im Bereich der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (z.B. Wohlfahrtsverbände) stärker angesprochen werden, die Jugendliche lediglich als ‚eine von vielen Anspruchsgruppen‘ bewerten. Auch ihnen gegenüber könnte freundlich, aber konsequent vermittelt werden, dass Jugendliche als vollwertige Bürger\*innen (und künftige Wählerinnen und Wähler) einen Anspruch darauf haben, Themen ‚auf den Tisch bringen zu können‘ und nach Lösungen zu suchen, die für jüngere Generationen mehrheitlich tragbar sind. Wie viele soziale Bewegungen und zuletzt die ‚Fridays for Future‘ gezeigt haben, löst das bei den etablierten gesellschaftlichen Kräften zwar möglicherweise zunächst Irritationen und Widerstände aus; die Konfrontation ist aber oft unerlässlich, damit sich marginalisierte soziale Gruppen im öffentlichen Diskurs ihrer Themen bemächtigen und wichtige Denkanstöße liefern können.

Darüber hinaus gilt es, die Entwicklungspotentiale für den Ausbau von formal-institutionalisierten Partizipationsformen und die Grundlagen für eine dialogische Kooperation und Kommunikation zu explorieren und in nutzbare Konzepte und Handlungen zu überführen. Im vorliegenden Bericht wurden einige Ideen formuliert, wie diese bestehenden Herausforderungen künftig angegangen werden können. Es ist die Aufgabe des Projektteams, zu entscheiden, welche Wege eingeschlagen werden und wie ‚fYOUture‘ unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie weiterentwickelt werden kann.

## 7 Literatur

Almond, Gabriel A. & Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*; Princeton.

Lösch, Bettina (2010): Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung; in:

Lösch, Bettine & Thimmel, Andreas (2010): *Kritische politische Bildung: Ein Handbuch*; Schwalbach: 115–128.

Lösch, Bettina (2013): Jugendproteste als Form politischer Artikulation? Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zu Politik?; in: Bukow, Wolf; Lösch, Bettina; Ottersbach, Markus & Preissing, Sonja (Hrsg.): *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*; Wiesbaden: 107–132.

Lösch, Bettina (2020): Wie politisch darf und sollte Bildung sein? Die aktuelle Debatte um ‚politische Neutralität‘ aus Sicht einer kritisch-emanzipatorischen politischen Bildung; in: Gärtner, Claudia & Herbst, Jan-Hendrik (Hrsg.): *Kritisch-emanzipatorische Religionspädagogik: Diskurse zwischen Theologie, Pädagogik und Politischer Bildung*; Wiesbaden: 383–402.

Lösch, Bettine & Thimmel, Andreas (2010): *Kritische politische Bildung: Ein Handbuch*; Schwalbach.

Oerter, Rolf (2016): Psychologische Aspekte. Können Jugendliche politisch mitentscheiden?; in: Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus & Palentien, Christian (Hrsg.): *Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen*; Wiesbaden: 69–84.

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa; in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* (4): 131–156.

Sturzenhecker, Benedikt (2010): Warum Kinder und Jugendliche Offene Kinder- und Jugendarbeit brauchen; in: Leshwange, Martina & Liebig, Reinhard (Hrsg.): *Aufwachsen offensiv gestalten: Impulse für die Kinder und Jugendarbeit*; Essen: 75–89.

Sturzenhecker, Benedikt (2015): Sich Einmischen in Raumkonflikte mit Kindern und Jugendlichen: Konzepte und Praxis Offener Kinder- und Jugendarbeit; in: Kemper, Raimund & Reutlinger, Christian (Hrsg.): *Umkämpfter öffentlicher Raum: Herausforderungen für Planung und Jugendarbeit*; Wiesbaden: 63–82.

Zürcher Hochschule  
für Angewandte Wissenschaften

## **Departement Soziale Arbeit**

Institut für Sozialmanagement

Pfingstweidstrasse 96  
CH-8005 Zürich

Telefon +41 58 934 85 14  
[kehl@zhaw.ch](mailto:kehl@zhaw.ch)  
[www.zhaw.ch/sozialearbeit](http://www.zhaw.ch/sozialearbeit)